

Physio Deutschland • Bonner Straße 143 • 50968 Köln

**An
Abgeordnete im
Deutschen Bundestag**

Per E-Mail

Köln, 09. Juli 2026

Offener Brief:

Appell zur Ablehnung des GKV Beitragsstabilisierungsgesetzes am 10. Juli 2026!

**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

am 10. Juli 2026 entscheiden Sie mit Ihrer Stimme im Deutschen Bundestag über das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz – ein Gesetz mit weitreichenden Folgen für die Gesundheitsversorgung von Millionen Patientinnen und Patienten.

Wenn Sie – wie wir – der Auffassung sind, dass

- der Gesetzentwurf keine nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung sicherstellt,
- er die Versorgungsqualität gefährdet und
- zentrale strukturelle Probleme des Gesundheitssystems ungelöst lässt,

bitten wir Sie eindringlich, dem Gesetzentwurf in seiner derzeitigen Fassung nicht zuzustimmen.

Nachfolgend legen wir unsere wesentlichen Bedenken dar.

1. Deckelung der Ausgaben gefährdet die Patientenversorgung

Der Gesetzentwurf sieht eine strikte Begrenzung der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen vor, insbesondere durch die erneute Kopplung an die Grundlohnsumme. Davon wäre auch die Physiotherapie betroffen – mit spürbaren Auswirkungen auf die wohnortnahe Versorgung in Ihrem Wahlkreis.

Die Folgen dieser Regelung sind absehbar:

- notwendige Vergütungsanpassungen werden erschwert,
- steigende Kosten für Personal, Energie und Mieten können nicht ausreichend berücksichtigt werden,
- der wirtschaftliche Druck auf Physiotherapiepraxen nimmt weiter zu.

Dies steht im Widerspruch zu dem politischen Ziel, Gesundheitsberufe zu stärken und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Bereits heute ist die Versorgungssituation in vielen Regionen angespannt. Zusätzliche finanzielle Belastungen werden zwangsläufig zu längeren Wartezeiten, eingeschränkten Therapieangeboten und einer Verschlechterung der physiotherapeutischen Versorgung führen.

Dabei gilt: Physiotherapie verhindert Folgekosten. Investitionen in diesen Bereich reduzieren langfristig Ausgaben, beispielsweise durch die Vermeidung von Krankenhausaufenthalten, die Verringerung chronischer Krankheitsverläufe und den Erhalt von Selbstständigkeit im Alter. Einsparungen an dieser Stelle führen langfristig zu höheren Kosten für das Gesundheitssystem.

Aus Sicht von Physio Deutschland kehrt der vorliegende Gesetzentwurf das Prinzip einer wirtschaftlichen und nachhaltigen Versorgung ins Gegenteil um.

2. Einseitige Verteilung der Belastungen

Der Gesetzentwurf setzt überwiegend auf kurzfristige Einsparmaßnahmen und verteilt die Lasten unausgewogen zulasten der Leistungserbringenden und der gesetzlich Versicherten.

Dies zeigt sich unter anderem durch:

- steigende Zuzahlungen,
- zusätzliche finanzielle Belastungen einzelner Versichertengruppen,
- Einschnitte bei der Vergütung von Gesundheitsberufen.

Gleichzeitig wird der Bundeszuschuss reduziert. Auch mögliche Kompromisslösungen werden der Verantwortung des Bundes für die Stabilisierung der Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung nicht gerecht.

Eine nachhaltige und faire Stabilisierung der GKV-Finanzen erfordert eine ausgewogene Lastenverteilung. Diese ist in der vorliegenden Fassung des Gesetzes nicht erkennbar.

3. Fehlende strukturelle Reformen

Trotz erheblicher Eingriffe bleibt der Gesetzentwurf auf kurzfristige Kostendämpfung beschränkt. Eine langfristige Stabilisierung des

Gesundheitssystem kann jedoch nicht allein durch Ausgabenbegrenzungen erreicht werden.

Die zentralen Herausforderungen – insbesondere die demografische Entwicklung, der Fachkräftemangel sowie die wachsende Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenversicherung – werden nicht ausreichend adressiert.

Unser Appell an Sie

Wir appellieren an Ihr Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Versicherten sowie den Beschäftigten in der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung: Bitte prüfen Sie den Gesetzentwurf und die vorliegenden Änderungsanträge nochmals kritisch und stimmen Sie dem Gesetzentwurf in seiner aktuellen Fassung am 10. Juli 2026 nicht zu.

Wir brauchen eine Reform, die

- die Versorgung langfristig sichert,
- die strukturellen Ursachen der Finanzierungsprobleme konsequent angeht und
- die Gesundheitsberufe als tragende Säule unseres Gesundheitssystems stärkt.

In dieser Woche verfolgen unsere Mitglieder und die gesamte Physiotherapiebranche mit großem Interesse, wie Sie sich zu diesem Gesetzentwurf positionieren werden.

Als mitgliederstärkster Berufsverband der Physiotherapie stehen wir jederzeit für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung. Gerne bringen wir unsere Erfahrungen aus der täglichen Patientenversorgung ein, um gemeinsam tragfähige Lösungen für eine finanziell stabile und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu entwickeln – kurz-, mittel- und langfristig.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Akel
Vorsitzender

Alexander Stirner
stellv. Vorsitzender

Marc Zeller
stellv. Vorsitzender